mitarbeiten 04/2025

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.mitarbeit.de · www.buergergesellschaft.de · www.netzwerk-demokratie-und-beteiligung.de

Neuerscheinung

Kinderbeteiligung vor Ort

Die umfassende Beteiligung von Menschen jeden Alters an der Gestaltung ihrer Lebensumstände sollte in Demokratien selbstverständlich sein. Das Ausmaß, in dem dies geschieht, ist ein sicherer Gradmesser für die Qualität der Demokratie in einem Land oder einer Gemeinde. Trotz deutlicher Fortschritte in Theorie und Praxis gibt es noch erhebliche Defizite in der Umsetzung dieser demokratischen Basisnorm. Das gilt besonders für die Beteiligung junger Menschen von Geburt an bis zu einem Alter von 12-14 Jahren – also für die Lebensphase, die hierzulande üblicherweise mit dem Begriff Kindheit verbunden wird. Wie vor diesem Hintergrund Kinderbeteiligung gelingen kann, welche Grundlagen sie braucht und welche guten Beispiele es gibt, zeigt eine neue Publikation der Stiftung Mitarbeit.

Kinder sind nicht nur die Zukunft kommunaler Gemeinschaften, sie sind auch die Gegenwart. Kinder sind von zahlreichen kommunalpolitischen Entscheidungen mittelbar und unmittelbar betroffen. Dies haben auch die Gesetzgeber erkannt und jenseits der Kinderrechte Rechtsgrundlagen für die verbindliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geschaffen. Es geht im kommunalen Alltag zum einen um die Umsetzung der rechtlichen Verpflichtung, aber auch darum, mit der jüngsten Generation der Kommune in einen Austausch zu kommen, sie zu fragen und mit ihnen zu reden – ob im Kindergarten, in der Grundschule, auf dem Spielplatz, in einer Kindergruppe eines Verbands oder bei der Kinderspielstadt in den Sommerferien. So erfahren Kinder von klein auf, dass sie Teil der kommunalen Gemeinschaft sind und durch ihr Handeln aktiv das Gemeindeleben mitgestalten können.

Wenn Kinder und Jugendliche früh Beteiligungserfahrungen sammeln und dabei erleben, dass ihre Anliegen gehört werden und wichtig sind, werden sie sich später als mündige Bürgerinnen und Bürger für ihr Gemeinwesen einsetzen. Darüber hinaus erwerben sie Kenntnisse und Kompetenzen, indem sie beispielsweise lernen, wie ihre Anliegen weiterentwickelt und – idealerweise – umgesetzt werden.

Kinder wachsen mit ihren Familien in die Kommunen hinein und sammeln dort wichtige Lebenserfahrungen. In der Begegnung der Generationen erfahren Kinder, was es bedeutet, im öffentlichen Raum zu leben und wie sich unterstützende, einladende und ermutigende Beziehungen gestalten können. Die Beteiligung von Kindern schafft Identifikation mit dem Lebensraum, mit der Gemeinde, mit der Stadt. Vorhandene Möglichkeiten und der erwartbare Nutzen von Beteiligung für die Kinder wie die Kommunen werden jedoch regelmäßig unterschätzt. Gute Argumente können helfen, ein Umdenken bei skeptischen oder desinteressierten Erwachsenen, in Kommunalpolitik und -verwaltung zu fördern.

Sie können Eltern ermuntern, die Mitsprache ihrer Kinder in Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen, aber auch in der Gestaltung des lokalen Gemeinwesens insgesamt einzufordern. Roland Roth zeigt vor diesem Hintergrund praxisnah und mit guten Argumenten auf, wieso Kommunen Kinder beteiligen sollten.

Das zentrale Dokument, um das sich die Debatte über die Beteiligung junger Menschen seit einigen Jahrzehnten dreht, ist die 1989 vorgelegte und in den Folgejahren von fast allen Nationen ratifizierte Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Von den großen Ländern des Westens sind einzig die Vereinigten Staaten von Amerika dieser internationalen Übereinkunft nicht beigetreten. Neben Schutz und Entwicklung ist das Recht auf Beteiligung eine tragende Säule dieser Konvention. Vorausgesetzt wird, dass Kinder Rechtssubjekte sind, deren Schutz und Entwicklung nicht nur eine Verpflichtung der Eltern, sondern auch des Staates und aller gesellschaftlichen Institutionen ist, die für Kinder bedeutsam sind. Die Beteiligung von Kindern an sozialen und politischen Entscheidungsprozessen ist deshalb ein zentraler Bestandteil moderner Kinderrechtsarbeit und ein wichtiger Beitrag zum Aufbau von Demokratiekompetenz. Kinder sind

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Kinderbeteiligung …

nicht nur passiv auf die Fürsorge von Erwachsenen angewiesen, sondern haben das Recht, in Fragen, die sie betreffen, gehört zu werden.

Es wurden in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Formate entwickelt, um Kindern eine aktive Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen – insbesondere auf kommunaler Ebene – zu ermöglichen. Es gibt mindestens 200 verschiedene Methoden, die für die partizipative Arbeit mit Kindern geeignet sind. Die Formen der Kinderbeteiligung sind dabei sehr vielfältig und hoch entwickelt, sie bieten je nach Kontext unterschiedlichste Ansätze und Beteiligungsmöglichkeiten. Waldemar Stange stellt in seinem Beitrag ausgewählte Formen der Kinderbeteiligung vor.

Was brauchen Kinder und Jugendliche also, um Demokratie leben und auch »aushalten« zu können? Welche Kompetenzen sind hierfür notwendig? Und wie können diese Kompetenzen in der frühkindlichen, der schulischen und außerschulischen Bildung gezielt vermittelt werden? Martina Bechtle stellt in ihrem Beitrag verschiedene Wege vor, wie sich die Demokratiefähigkeit von Kindern fördern lässt.

Kommunen sind – nicht nur für Kinder – alltägliche Lernorte und Entwicklungslabore für demokratisches Bewusstsein. Die Gemeinde ist dann für Menschen ein hervorragender Bildungs- und Beteiligungsort, wenn die bildungsrelevanten Akteure miteinander gut vernetzt sind. Was »Community Education« als Teil der (politischen) Bildung in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit und »Citizenship Education« im kommunalen Kontext gemeinsam haben und was es für die Kinderbeteiligung einer Kommune bedeutet, erläutert Udo Wenzl in seinem Beitrag.

Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Kinderbeteiligung vor Ort. Kinder gestalten Dorf und Stadt. Beiträge zur Demokratieentwicklung Nr. 33, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2025, 344 S., ISBN 978-3-941143-54-8, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Verlag

Jugendbeteiligung vor Ort

Viele junge Menschen möchten mitreden, wenn es vor Ort um ihre Belange geht. Doch wie lassen sich für Jugendliche politische Bildung, Beteiligung und Dialog lebensweltnah miteinander verknüpfen? Wie gelingt das Empowerment junger Menschen, wo können sie Selbstwirksamkeit erfahren – und wie lassen sich diese Prozesse gemeinwohlorientiert nutzen? Eine Publikation der Stiftung Mitarbeit zeigt, wie kommunale Handlungsansätze in der Jugendbeteiligung praktisch umgesetzt werden können.

Ein zentrales Ziel der politischen Bildung und der Jugendbeteiligung ist die Förderung mündiger Bürgerinnen und Bürger. **Demokratie und demokra**tisches Verhalten müssen von jeder Generation neu gelernt und eingeübt werden. Eine fundierte demokratische Bildung in Verbindung mit wirkungsvollen Beteiligungsmöglichkeiten trägt erfahrungsgemäß dazu bei, junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen und sie zur demokratischen Teilhabe sowie zum Einsatz für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu befähigen. Jugendliche sollten ihre sozialen Räume wirksam mitgestalten und über reale Konflikte und Probleme mitentscheiden können.

Die Handreichung nimmt die Kommunalpolitik und damit die konkreten Handlungsfelder der kommunalen Ebene in den Blick. Sie legt dar, welche Handlungsansätze es gibt und wie sie praktisch umgesetzt werden können. Die zahlreichen Autorinnen und Autoren – darunter neben Wissenschaftler/innen und kommunalen Praktiker/innen auch viele Jugendliche – beschreiben aus unterschiedlichsten Perspektiven die Zugänge und Methoden der politischen Bildung und der Arbeit mit kleinen und großen Gruppen. Sie erläutern, wie systemisches Arbeiten mit politischer Bildung und Beteiligung zusammengeführt werden kann. Die besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Großgruppe, die eine lebendige Lern- und Dialogkultur ermöglicht. Viele gute Beispiele aus der kommunalen Beteiligungspraxis runden das Buch ab.

Eine wichtige Schlussfolgerung der Autorinnen und Autoren des Buchs lautet: Der Erwerb demokratischer Kompetenzen gelingt, wenn junge Menschen in entsprechenden Lern- und Lebenssituationen Erfahrungen sammeln können. Durch die Verbindung mit der konkreten Kommunalpolitik kann Jugendbeteiligung zu einem lebensweltbezogenen politischen Interesse für das Gemeinwohl führen und ein Umfeld zur Entwicklung von demokratisch kompetentem Verhalten bieten. Wenn Jugendliche ihren Lebensort als politischen Raum entdecken, erfahren sie, dass es in diesem Politikfeld viele Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeit gibt.

Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Jugendbeteiligung vor Ort. Selbstwirksamkeit und Empowerment junger Menschen. Beiträge zur Demokratieentwicklung Nr. 31, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2021, 180 S., ISBN 978-3-941143-44-9, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Stiftung Mitarbeit im Gespräch mit Christine Lieberknecht

»Für die kommunale Demokratie sind Bürgerräte eine tolle Sache«

Christine Lieberknecht studierte evangelische Theologie in Jena und war von 1984 bis 1990 als Pastorin tätig. Im Jahr 1989 wurde sie in den Parteivorstand der CDU gewählt. Sie war Gründungsmitglied der ersten Gruppe der Jungen Europäischen Föderalisten in der DDR. Nach der Wende wurde sie stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Thüringen und anschließend Kultusministerin der ersten CDU/FDP-Landesregierung. Im Jahr 2004 wurde sie Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, in den Jahren 2009 bis 2014 war sie Thüringer Ministerpräsidentin. Christine Lieberknecht engagiert sich u.a. als Mitglied im Vorstand der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und als Vorsitzende des Beirats für das »Mahnmal für die Opfer des Kommunismus«. Seit dem Jahr 1993 gehört sie dem Kuratorium der Stiftung Mitarbeit an.

Frau Lieberknecht, was ist Ihre demokratische Urerfahrung, bei der Sie zum ersten Mal in Ihrem Leben gemerkt haben, dass Demokratie etwas Wichtiges ist?

Meine demokratische Urerfahrung ist die kirchliche Jugendarbeit. Ich war als Jugendliche in all meinen Ferien in kirchlichen Projekten aktiv. Das hieß in der DDR »Rüstzeit«. Und in diesen Rüstzeiten ging es im besten Sinne demokratisch zu. Wir haben unsere Themen, Pläne und den Tagesablauf besprochen, es wurde moderiert und abgestimmt und auch erklärt. Das setzte sich fort in den Leitungsgremien der evangelischen Jugendarbeit. Ich war zu DDR-Zeiten in den 1980er Jahren Mitglied der »KKJ – Kammer Kirchliche Jugendarbeit«, das Pendant zur »AEJ – Allgemeine Evangelische Jugend« Westdeutschlands. Und in dieser KKJ ging es im Leitungsgremium um ganz präzise Unterscheidungen zwischen Geschäftsordnungsanträgen und Sachanträgen, um Personaldebatten, um Abstimmungen und den Umgang mit den Ergebnissen dieser Abstimmungen. Das war für mich eine Schule von Demokratie, die ich in dieser Klarheit später nie wieder so erlebt habe, selbst in Kabinettssitzungen nicht.

Teilen Sie die Ansicht, dass die Demokratie in Deutschland gefährdet ist?

Dem völkischen, nationalistischen, auch menschenverachtenden Gedankengut rechtsextremer und autoritärer Parteien muss man deutlich widersprechen. Sie sind zugleich ein deutlicher Weckruf an demokratisches Engagement. Man muss begreifen, dass Demokratie keine Sofaveranstaltung ist. Der Erfolg dieser Parteien ist ein Weckruf, dass mehr Menschen für die Demokratie aktiv werden müssen. Es gibt ja die Initiative Weltoffenes Thüringen, in der das ganz gut gelingt und die ich sehr gut finde. Zugleich müssen wir Diskussionen auch über schwierige Themen so offensiv führen, dass die Menschen merken, sie sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen und hier wird demokratisch nach Lösungen gesucht.

Haben Sie eine Idee, wie man Bürgerbeteiligung weiterentwickeln kann und wie sich die Demokratie in Richtung mehr Bürgerbeteiligung ausbauen ließe?

Mehr Formate für Bürgerbeteiligung zu finden, ist ein gutes Mittel zur Weiterentwicklung und Stärkung der Demokratie. Im Grunde ist ja jede Vereinsarbeit, die aufs Gemeinwohl gerichtet ist, eine Art von Beteiligung. Ich halte sehr viel von Bürgerräten, die ja oft umstritten sind, aber ich finde die gut. Nicht jedes Thema ist geeignet und es muss nicht immer gleich der Deutsche Bundestag sein, aber für die kommunale Demokratie vor Ort sind Bürgerräte eine tolle Sache.
Ich mache immer die Erfahrung: Man muss Menschen ansprechen, Menschen wollen auch reden. Wir sind ja nun eine etwas älter gewordene Gesellschaft, gerade hier im Osten. In Thüringen sind viele Menschen jetzt Ü70, Ü80, die gucken auf ihr Leben, die wollen auch was weitergeben. Da gibt es übrigens auch schöne Formate, zum Beispiel Erzählsalons oder Erzählcafés, in denen Menschen nach klaren Regeln von sich und ihrem Leben erzählen. Die Teilnehmer wissen, dass ihre Biografie nicht nach allen Regeln der Kunst zerpflückt wird und sie sich dafür rechtfertigen müssen, sondern sie erzählen. Ich habe mich als Jurorin für ein Buchprojekt engagiert, dass solche Erzählsalon-Geschichten und die dahinterstehenden Menschen dokumentiert und vorstellt. Im Rahmen der Buchpräsentation waren im Publikum sehr viele der Menschen versammelt, deren Geschichten im Buch vorkommen. Da hat auf der Bühne dann ein ehemaliger Grenzoffizier der NVA gemeinsam mit einem katholischen Lehrer gesessen, der unter den Kommunisten gelitten hat. Beide haben ihre Geschichten erzählt, sie haben sie sogar gegenseitig gewürdigt. Am Ende der Veranstaltung hätten die was zusammen gemacht, das ist unglaublich. Auf der Veranstaltung waren 200 Leute, Menschen, die nie auf der Bühne stehen, nie im Rampenlicht. Auf einmal sind sie dabei, auf einmal sind sie Teil eines Ganzen. Wenn man an dem Abend gesagt hätte: Los, Leute, jetzt machen wir einen Bürgerrat zur Demokratie, ich denke, 80% wären dabei gewesen. Bestimmt.

Leider gibt es immer noch viele Beteiligungsverfahren, die von den Entscheidungsträgern nicht ernst genommen werden. Dann beraten die Bürgerinnen und Bürger und beschließen und dann wird es, salopp gesprochen, abgeheftet.

Ja, man muss sich schon sehr genau überlegen, wie man mit Bürgerbeteiligung und auch mit ihren Ergebnissen umgeht. Wenn Bürgerbeteiligung eine Alibi-Geschichte ist, dann sind die Leute raus. Wir haben ja eben über Erzählsalons gesprochen. Die Salons funktionieren ja nur, wenn Vertrauen da ist, das durch entsprechende Vorgespräche aufgebaut wird und durch entsprechende Regeln, an die sich jeder und jede hält. Das gleiche gilt auch für Bürgerbeteiligung. Vertrauen und Regeln sind auch hier wichtig, um die Qualität zu gewährleisten und Enttäuschung zu vermeiden.

Das vollständige Gespräch mit Christine Lieberknecht im Netz unter www.mitarbeit.de

Online-Veranstaltung · 14. Januar 2026, 17.00–18.30 Uhr

Bürgerkommune Viernheim

Die Kommune Viernheim hat früh erkannt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt kein Selbstläufer ist und bewusster Unterstützung und Haltungen bedarf. Die Kommune weist eine lange Tradition mit Engagement und Beteiligung auf. Seit einem Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung im Jahr 1996 schenken Stadtpolitik und Stadtverwaltung der Förderung bürgerschaftlichen Engagements besondere Aufmerksamkeit. Unter der Überschrift »Ermöglichen und unterstützen, was verbindet« stärkte die Kommune günstigen Bedingungen für Ehrenamt, Selbsthilfe und Bürgerengagement in Viernheim weiter. Gleichzeitig wurde die Einbeziehung der Bürger/innen in demokratische Aushandlungsprozesse verbessert, Beteiligung an den unterschiedlichsten Stellen bereits früh erprobt.

In der Veranstaltung (Mittwoch, 14. Januar 2026, 17.00–18.30 Uhr online) gibt Bürgermeister Matthias Baaß einen Einblick in den Entwicklungsprozess und Erfahrungsschatz Viernheims hin zur Bürgerkommune. Entlang von Beispielen aus der Praxis gehen die Teilnehmer/innen der Frage nach, wie Bürgermeister und Kommunalverwaltungen Engagement und Beteiligung gezielt stärken können, welche Voraussetzungen hierzu erforderlich sind und welche Fallstricke es zu vermeiden gilt.

Nähere Informationen bei Sarah Riedel (riedel@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Online-Seminar · 4. Februar 2025, 16.00–18.30 Uhr

Alles im Griff – Verwendungsnachweise

Was ist mit dem Geld passiert? Fördermittel abzurechnen bedeutet, der fördernden Einrichtung eine Antwort auf diese Frage zu geben. In der Regel geschieht das in Form eines Verwendungsnachweises. Aber immer wieder nennen Vereine, Initiativen und Projekte dieses Thema als eine Hürde bei der Förderabwicklung. Das Online-Seminar (Mittwoch, 4. Februar 2026, 16.00–18.30 Uhr) vermittelt die Grundlagen für die Abrechnung von Fördergeldern und die Anfertigung von Verwendungsnachweisen. Zwar unterscheiden sich die formalen Anforderungen vieler Förderer in Details, gleichwohl lassen sich Grundprinzipien formulieren, die bei jeder Förderabrechnung zu beachten sind. Vorgestellt werden u.a. die Grundzüge der Buchhaltung und Belegführung und der Umgang mit den verbindlichen formalen Rahmenbedingungen einer (Projekt-)Förderung. Der Fokus liegt dabei auf Förderszenarien über Stiftungen oder öffentliche Träger in Deutschland. Außerdem wird beleuchtet, wie sich organisatorisch eine gute interne Förderabwicklung sicherstellen lässt und warum für die Struktur und Formulierung des inhaltlichen Berichtes auch die finanzielle Seite eine wichtige Rolle spielt. Das Seminar richtet sich an freiwillig Engagierte und Aktive aus Initiativen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die wenig Erfahrung in der Projektmittelabrechnung haben.

Nähere Informationen bei Timo Jaster (jaster@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Netzwerktreffen KlimaDemokratie

Wie kann eine bessere Verzahnung zwischen Bürgerbeteiligung und Klimaschutzaktivtäten erreicht werden? Unter dem Titel »Transformation kooperativ und demokratisch gestalten« fand am 2. Dezember 2025 das erste Online-Treffen des Netzwerks KlimaDemokratie statt. Vertreterinnen und Vertreter aus zahlreichen Kommunen nutzten die Gelegenheit, um sich kennenzulernen und gemeinsam über die künftige Zusammenarbeit zu diskutieren. Die Ergebnisse und Impulse aus der Diskussion bilden für das Netzwerkmanagement eine wichtige Grundlage für die Planung der nächsten Schritte.

Nähere Informationen bei Timo Jaster (jaster@mitarbeit.de) und Sarah Riedel (riedel@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Qualifizierung

Bestellseminare 2026

Die Stiftung Mitarbeit berät und unterstützt Initiativen, NGOs, Verbände und Projektgruppen in Startphasen und Veränderungsprozessen und vermittelt Schlüsselkompetenzen. Um die verschiedenen Akteure auf kommunaler Ebene bei der Stärkung von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement zu unterstützen und zu qualifizieren, bietet die Stiftung Mitarbeit neben den allgemein ausgeschriebenen Seminaren auch sog. »Bestellseminare« an. Das Bestellseminar wird speziell auf den jeweiligen Bedarf zugeschnitten. Die Inhalte sowie die Dauer des Seminars werden dabei den jeweiligen Interessen, Ansprüchen und Erfordernissen der anfragenden Gruppe angepasst. Darüber hinaus können Sie sich an uns wenden, wenn Sie auf der Suche nach Moderator/innen oder Referent/innen sind, nach einer Organisationsberatung oder Prozessbegleitung zu Themen rund um das freiwillige Engagement und Fragen der Bürgerbeteiligung.

Ausführliche Informationen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos

Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Am Kurpark 6
53177 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24–0
Telefax (02 28) 6 04 24–22
E–Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-demokratie-und-beteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Tobias Kemnitzer (Vorsitzender)

Konto: Volksbank Köln-Bonn eG
IBAN DE89 3806 0186 2010 5400 14
BIC: GENODED1BRS

Die Stiftung Mitarbeit wird gefördert vom Bundesministerium des Innern und Heimat.